

Von Peter Robejsek*

«Think big» gilt als Allerheilmittel in Politik und Wirtschaft. Der Glaube an die Omnipotenz der Grösse ist ungebrochen, wird sich nach Meinung des Autors im Zeichen der Wirtschaftskrise zunächst noch verstärken. Dennoch sind die Abkehr von der Globalisierung und die Rückkehr zum Nationalstaat als Handlungsbasis seit einiger Zeit unverkennbar.

Während sich die Finanzkrise zu einer Weltwirtschaftskrise entwickelt, wird über die Schlussfolgerungen für die Zukunft diskutiert. Die G-20 beschloss Ende letzten Jahres die Einführung eines global geltenden Regelwerks für die Finanzindustrie. Die Begründung für solche weltumspannenden Massnahmen klingt logisch: Die Nationalstaaten seien «schlicht zu klein», erklärte kürzlich der ehemalige deutsche Aussenminister Joschka Fischer. Er sprach von der Finanzkrise, bezog sich aber auf das zentrale Paradigma der Postmoderne – den Glauben an die Omnipotenz der Grösse. Ähnlich argumentiert man auch beim Umweltschutz, beim Welthandel, bei der Armutsbekämpfung. «Think big» gilt als das Allerheilmittel in Politik und Wirtschaft. Auf dieser Grundlage versuchen die Eliten seit Jahren, die Welt zu verstehen und zu regieren.

Lenkbarkeit in der grenzenlosen Welt

Die Hinwendung zur Grösse bekam den entscheidenden Schub durch die Beendigung des Kalten Krieges. Davor behinderte die Teilung der Welt die ambitionierten Pläne der Politiker und Investoren. Nach dem westlichen Triumph stand ihnen aber nichts mehr im Wege; die grenzenlose Welt versprach die Möglichkeit einer strategisch ausgerichteten, koordinierten und nicht zuletzt auch ertragreichen Entwicklung.

Der Washingtoner Gipfel wird als ein historischer Meilenstein, die Bestätigung der multipolar gewordenen Welt betrachtet; die Multipolarität wird als ein politisches Pendant der Globalisierung begrüsst. Was die G-7 nicht geschafft hat, wird die G-20 schon richten, lautet die hoffnungsvolle Prämisse. Die Grösse lässt sich aber einfacher errichten als lenken. In dem grenzenlos gewordenen Welt-Raum entstand eine Vielzahl von Handlungsoptionen und -zwängen. Die Volatilität der Ereignisse nahm zu, und mit ihr stiegen die Anzahl und Reichweite der unbeabsichtigten Nebenwirkungen und Fehlentscheidungen an. Ob bei einem mitgliederstarken Bündnis oder beim Global Player, der sich zur Nummer 1 durchfusioniert hat, die Grösse senkt die Handlungsfähigkeit und steigert das Risiko im Falle eines Misserfolgs.

Die weltumspannenden Organisationen wie der IMF, aus den Nähten platzende Bündnisse wie die EU und ungezählte Gipfeltreffen beschliessen zwar grossformatige Schritte, liefern aber anstatt der versprochenen Ergebnisse jede Menge unerwünschter Nebeneffekte. Denken wir nur an die Auswirkungen der Entscheidung, bei der Energieerzeugung stärker auf Biomasse zu setzen, auf die Lebensmittelpreise. Die Verheissungen der Grösse wurden bisher nicht eingelöst.

Sind die Eliten überfordert?

In den Debatten darüber, ob die anstehende Weltwirtschaftskrise genauso schlimm oder schlimmer als 1929 ausfallen wird, bleibt ein Thema ausgeklammert: Seltsamerweise stellt sich niemand die Frage, ob die Eliten in der Lage sind, in der grenzenlosen Welt effektiv zu wirken. Dieses Schweigen lässt sich einfach erklären.

Helmut Schelsky beschrieb schon in den siebziger Jahren die Herrschaft der Eliten mit Hilfe der Bepanung, Betreuung und Belehrung. Auch heute nehmen die Eliten für sich in Anspruch, die Grösse verstehen und lenken zu können. Der grossformatige Denkansatz verleiht den Eliten eine beachtliche Machtfülle; sie definieren Ziele und die Methoden ihrer Verwirklichung, sie überprüfen auch den Erfolg. Zur Begründung ihrer Machtposition dient die gewagte Annahme, dass die richtige Entscheidung durch eine Übereinkunft der Mächtigen aus der Politik oder der Wirtschaft zustande kommt und die Wahrheit der Mehrheitsmeinung der Experten entspricht.

Nicht nur Politiker und Manager haben ein starkes Interesse an der Erhaltung des Glaubens an die Omnipotenz der Grösse. Auch Beamte, Wissenschaftler, Berater und Publizisten nehmen für sich in Anspruch, die Grösse verstehen, mit ihr rechnen, sie lenken und erklären zu können. Diese «Grössen-Lobby» profitiert (gestaltend, verwaltend und kommentierend) sowohl vom Entstehen und Bestehen als auch vom Zerschlagen der Grösse.

Kritische Fragen an die Eliten bleiben nicht nur wegen der gewohnten apodiktischen Belehrung über den globalen Charakter der Herausforderungen aus. Eine Rolle spielt wohl auch die (über die Kulturgrenzen hinweg) eindeutig positive Besetzung der Begriffe «Einheit» und «Grösse». Darüber hinaus müsste die Frage nach der Effektivität ihres Wirkens von den Eliten selbst kommen. Gelegentlich geben Einzelne einen Irrtum zu. So hat Alan Greenspan seinen – jahrelang mit hohepriesterlichem Gehabe vertretenen – Glauben an die Selbstregulierung der Märkte kürzlich nonchalant mit der Bemerkung abgestreift, dass er sich geirrt habe; eine recht kostspielige Erkenntnis. Die Eliten übernehmen aber nur äusserst selten Verantwortung für den Misserfolg und stellen den eigenen Machtanspruch nie in Frage. Das Konzept der globalen Machbarkeit nimmt somit Züge einer Machtideologie der Eliten an.

Fragmentierung der globalen Ordnung

Die jüngsten Ereignisse legen die Schlussfolgerung nahe, dass die Grösse der Operationsräume und die inhaltliche und zeitliche Reichweite der Entscheidungen an die tatsächliche Leistungsfähigkeit der Eliten angepasst werden sollten. Dies wäre aber mit Autoritätsverlust und Machtverzicht verbunden, und deshalb ist es nicht verwunderlich, dass die Eliten dem globalen Denkansatz nicht freiwillig abschwören. Dessen ungeachtet verlaufen aber unter dem Druck der Umstände eine faktische Fragmentierung der globalen Ordnung und eine Verschiebung des Gewichts zugunsten der Organisationseinheit, die noch am ehesten effektives Handeln ermöglicht – des Nationalstaats.

Diese Tendenz wird auch die Umsetzung der Beschlüsse von Washington und die zukünftige Politik der G-20 prägen. Die Teilnehmer des Gipfels teilten die Sorge um die Stabilität des globalen Finanzsystems. Wenn es aber an die Umset-

zung der Beschlüsse gehen wird, werden die globalen und nachhaltigen Regeln mit hoher Wahrscheinlichkeit zugunsten der nationalen und kurzfristigen Ziele geopfert. Als ein Erfolg des Treffens in Washington wurde die Einigung begrüßt, in den nächsten zwölf Monaten keine neuen protektionistischen Massnahmen zu ergreifen. Nun, warten wir es ab. Aber eine wirklich neue Qualität der globalen Zusammenarbeit wäre erst dann erreicht, wenn man beschlossen hätte, binnen Jahresfrist einen Teil der existierenden protektionistischen Massnahmen abzubauen. Eine solche Erwartung ist leider unrealistisch. Dagegen sprechen weniger die organisatorischen Probleme, sondern vor allem die politischen Motive der beteiligten Regierungen.

Für die Politiker ist die Stabilität des von ihnen regierten Raumes entscheidend. Sie befolgen deshalb den klassischen Grundsatz des Gesellschaftsvertrages: Wohlstand gegen Gehorsam. Dieses Tauschgeschäft zwischen der Regierung und der Bevölkerung hat in Zeiten des wirtschaftlichen Niedergangs eine besondere Dringlichkeit. Wenn die Wirtschaft kurz vor einem Kollaps steht, ist die national ausgerichtete Wirtschaftspolitik die letzte Ausfahrt vor der Grenze zum Chaos.

Die Entscheidungssituation ist auf einmal sehr einfach. Wenn Handeln und nicht Verhandeln an der Tagesordnung steht, sinken die Anzahl der Optionen und die Bedeutung der Interessen, die normalerweise berücksichtigt worden wären; was gestern noch unabdingbar schien, wird über Nacht unwichtig. Der Politik fällt die Verantwortung zu, die heimische Wirtschaft und Gesellschaft zu stabilisieren. Diese Aufgabenstellung ist nicht global, sondern national vordefiniert; der Schutz der nationalen Interessen steht dabei eindeutig im Vordergrund.

In den letzten drei Dekaden gehörte die These von der stetig abnehmenden Rolle des Staates zu den Gemeinplätzen der volkswirtschaftlichen Debatte. Folglich wurde in der Praxis die politische Sicht der Globalisierung der ökonomischen Sicht untergeordnet. Spätestens seit der Finanzkrise haben auch Experten erkannt, dass diese Annahme nicht zutreffend war. Aus der jetzt tonangebenden politischen Sicht ist die Globalisierung ein Prozess der weltweiten Neubewertung und Neuverteilung der Arbeit und der Umschichtung des Wohlstandes. Wenn die Verlierer dieser Prozesse zu ihren Wählern gehören, gerät die Globalisierung aus der Sicht der Regierung von einer (bisher angenommenen und behaupteten) Win-win-Situation in die Nähe des Nullsummenspiels. Diese Tendenz bestätigen sogar so prominente Befürworter der Globalisierung wie Paul Samuelson und Paul Krugman. Sie wiesen in der letzten Zeit darauf hin, dass die Arbeitsplatzbilanz der Globalisierung eher zum Nachteil der Industrieländer ausfällt. Aus der politischen Sicht hat sich die wirtschaftlich grenzenlose Welt als eine gefährliche Sackgasse erwiesen.

Entschleunigung der Globalisierung

Um ihre Machtbasis zu schützen, werden die einzelnen Regierungen weitere Verluste der Arbeitsplätze verhindern müssen und zugleich alles daransetzen, einen Teil der verlorenen Produktion zurückzuholen. Dies wird sich ohne protek-

tionistische Massnahmen und eine Entschleunigung der Globalisierung nicht bewerkstelligen lassen. Eine etwaige global koordinierte Vorgehensweise kann dabei nicht helfen. Die flächendeckenden Vereinbarungen und Organisationen vermögen es nämlich nicht, den spezifischen nationalen Problemlagen gerecht zu werden, die stellenweise widersprüchlichen Interessen der Staaten in Einklang zu bringen, geeignete Lösungen zu finden, ihre Umsetzung zu koordinieren und notfalls zu erzwingen. Im Licht dieser Tatsachen scheint die multipolare Welt weniger die politische Entsprechung und Stärkung der Globalisierung, sondern eher eine Erscheinungsform der Fragmentierung der internationalen Ordnung zu sein.

Die Erfahrungen der letzten Jahre machen deutlich, dass die Grenzenlosigkeit äusserst schwer durchschaubar und steuerbar ist. In der Welt der Globalisierung und Multipolarität sind zwar alle Akteure irgendwie verbunden, aber es gibt niemanden, der koordiniert, geschweige denn führt. Die Fragmentierung der internationalen Ordnung ist eine unfreiwillige, aber pragmatische Reaktion, die zum Anstieg der an nationalen Interessen ausgerichteten wirtschaftspolitischen Entscheidungen führt. Die Tendenz der «Verstaatlichung» der Aussen- und Wirtschaftspolitik (z. B. nationale Champions, Abwehr von staatlichen ausländischen Investitionen) ist bereits seit längerem bemerkbar und findet nunmehr in der Verstaatlichung von Schlüsselunternehmen ihre logische Fortsetzung und den vorläufigen Höhepunkt.

Rückkehr des Nationalismus

Es mag sein, dass die Staaten für die globalen Probleme zu klein sind, dafür sind sie aber noch am ehesten handlungsfähig; alleine sogar noch besser als «en bloc». Die thematisch und geografisch grenzüberschreitenden Probleme können bilateral oder trilateral deutlich effektiver als multilateral oder sogar global angefasst werden. Die bilateralen Vereinbarungen ersetzen schon seit langem die fehlenden globalen Lösungen, beispielsweise bei dem erstarrten Dauha-Prozess. Etwas hilflos wirken unter diesen Umständen die Versuche der EU, die grossformatige Denkweise dadurch zu retten, dass sie die Unterstützungsprogramme ihrer Mitgliedsländer zum «Europäischen Konjunkturprogramm» deklariert und José Manuel Barroso den Mitgliedsländern Ratschläge hinsichtlich der Mehrwertsteuer erteilt.

Wir sollten die stärker werdende Rolle der Nationalstaaten nicht als die Wiederkehr des verbotenen Nationalismus missverstehen. Die Renaissance der Nationalstaaten ist kein Rückschritt, sondern ein (freilich erzwungener) Rückzug der Eliten auf das vertraute und überschaubare heimische Spielfeld, das dank einigen berechenbaren Eckdaten (überlieferte Erfahrung, gemeinsame Sprache, Kenntnis spezifischer Traditionen und Bedürfnisse) eher ihrer Lösungs- und Handlungskapazität angemessen ist. Auf der nationalstaatlichen Ebene steigt die Übersichtlichkeit, sinkt die Volatilität der Prozesse und eröffnen sich Chancen, effektiver und effizienter zu handeln.

Wenn sich die Eliten nur darauf beschränken, was sie begreifen, bewegen und bezahlen können, heisst das nicht, dass die globalen Herausforderungen nicht existieren. Es bedeutet vielmehr, sie dort anzunehmen, wo mit höheren Erfolgchancen und zu vertretbaren Risiken versucht werden kann, gegenzusteuern. Zu der Lektion der letzten Monate und Jahre gehört allerdings auch die fast vergessene Erkenntnis, dass unerreichbare Ziele zur «conditio humana» gehören.